

Markus Bickel

Netanjahus Comeback oder: Der Durchmarsch der Rechten

Das sechste Kabinett Benjamin Netanjahus droht das rechteste zu werden, das der 73jährige seit seiner ersten Wahl zum Ministerpräsidenten 1996 anführt. Wie nach den vier Parlamentswahlen von April 2019 bis März dieses Jahres stellt der von ihm geführte Likud nun auch in der 25. Knesset mit ihren 120 Abgeordneten die größte Fraktion; von 32 konservativen Mandatsträgern haben sogar 15 Aussicht auf ein Ministeramt. Die anderen Posten im Kabinett gehen an die eigentlichen Wahlsieger: Das sind allen voran Itzamar Ben-Gvir von der rechtsextremen Partei Jüdische Stärke und Bezalel Smotrich, der Anführer des rechtsnationalistischen Religiösen Zionismus, die zusammen auf 14 Sitze kommen, sowie die ultraorthodoxen Parteien Schas mit 11 Sitzen und Vereinigtes Thora-Judentum mit 7 Sitzen. Drittes Mitglied im rechtsnationalistischen Wahlblock Religiöser Zionismus neben Ben-Gvirs und Smotrichs Parteien ist die Noam-Partei von Avi Maoz, ihrem einzigen Abgeordneten in der neuen Knesset. Seinem Ruf als schwulen- und araberfeindlichem Hetzer am rechten Rand des ultrareligiösen Spektrums wurde Maoz auch am Wochenende nach der Wahl am 1. November gerecht, als er ankündigte, sich für ein Verbot der *Gay Pride* in Jerusalem 2023 einzusetzen.

Fünf oder sechs Ministerien wird Netanjahu diesen demokratiefeindlichen Kräften überlassen müssen, um eine mit 65 Sitzen stabile Mehrheit des religiös-nationalistischen Blocks zusammenzubekommen. Dass es ihm gelingt, die rechten Kräfte zumindest im

ersten Regierungsjahr zusammenzuhalten, bezweifelt niemand in Israel. Denn nach vier Regierungen ohne stabile Mehrheiten in den vergangenen vier Jahren bilden die konservativen, ultrareligiösen und rechtsnationalistischen Kräfte eine geschlossene Front.

Was den Rechtsblock ideologisch eint, ist die Verachtung der Judikative; Angriffe auf die Unabhängigkeit des Obersten Gerichts fahren die rechten Kräfte seit Jahren. Netanjahu kommt das gelegen, sieht er sich doch seit 2020 drei Korruptionsverfahren ausgesetzt. Diese einzustellen war eine wichtige Motivation für seine Rückkehr an die Regierungsspitze. Diese Konstellation könnte dazu führen, dass das Kabinett einem Gesetzesvorschlag zustimmt, der die Möglichkeit vorsieht, Änderungen der zwölf israelischen Grundgesetze schon bei einer Mehrheit von nur 61 der 120 Knesset-Abgeordneten zu erlauben. Da manche der potenziellen Koalitionsmitglieder eine Mindestzahl von 70 Stimmen dafür verlangen, wird darüber aber wohl erst nach der Regierungsbildung entschieden werden.

Die Schwächung der bislang unabhängigen israelischen Justiz, die in der Vergangenheit immer wieder in der Lage war, Angriffe auf die demokratische Grundordnung zu vereiteln, wäre ein harter Schlag für die säkularen Kräfte im Land. „In dieser Situation ist die Judikative das wichtigste Organ des Staates, das die Macht der Mehrheit kontrollieren kann“, sagt Suzy Navo, stellvertretende Präsidentin des Israel Democracy Institute. „Deshalb ist gerade hier eine richterliche Aufsicht, die die Menschenrechte und

die verfassungsmäßige und demokratische Ordnung wirksam schützen kann, umso notwendiger.“ Doch das Gegenteil droht. Die Hartnäckigkeit, mit der Rechtsnationalisten und Ultraorthodoxe den Status quo infrage stellen, der in Israel seit der Staatsgründung 1948 das fragile Gleichgewicht zwischen Säkularen und Religiösen sichert, ist beängstigend.

Der Feldzug gegen den Rechtsstaat ist den Rechtsnationalisten auch deshalb so wichtig, weil davon das zentrale Projekt von Ben-Gvirs Jüdischer Stärke und Smotrichs Religiösem Zionismus profitiert: die schleichende Annexion von Siedlungen im Westjordanland, oder anders ausgedrückt, der beschleunigte legale Anschluss bislang palästinensischer Gebiete an das israelische Kernland. „Siedlungen und Souveränität“ lautete der Slogan, mit dem die mehr als 600 000 Siedler während des Wahlkampfs umworben wurden. In den Schubladen liegen bereits fertige Gesetzentwürfe, die ungenehmigte Bauten seitens der palästinensischen Bevölkerung als „feindlichen Akt“ einstufen würden, sanktioniert von der Zivilverwaltung der Besatzungsmacht, die für die Kontrolle der sogenannten C-Gebiete zuständig ist. Diese machen rund 60 Prozent des Westjordanlands aus und unterstehen, anders als die A- und B-Gebiete, völliger israelischer Kontrolle.

Kriminalisierung palästinensischer Bauentwicklung bei gleichzeitiger Legalisierung bislang selbst von israelischen Stellen als illegal betrachteter Siedler-Outposts, darauf könnte die Doppelstrategie der rechten Kräfte nach ihrem Einzug in die Regierung hinauslaufen. Die Folgen für einen möglichen palästinensischen Staat, wie er noch in den Oslo-Verträgen vor 30 Jahren vorgesehen war, liegen auf der Hand: Es droht eine weitere Zersplitterung des Flickenteppichs, der die palästinensischen Gebiete bildet, und der schon heute kein zusammenhängendes Territorium mehr dar-

stellt. In den C-Gebieten leben neben 300 000 Palästinensern 400 000 israelische Siedler. Bis 2030, so das Ziel ihrer radikalsten Vertreter, sollen es eine Million sein.

»Siedlungen und Souveränität«

Als „Schlacht um die C-Gebiete“ wird die Ausweitung israelischer Souveränität in den Reihen der Ultrarechten bereits bezeichnet – und das nach einem Jahr, das von so viel Siedlergewalt und so vielen tödlichen Übergriffen der Israel Defense Forces (IDF) geprägt war wie kein anderes seit der Zweiten Intifada vor 20 Jahren. Das betrifft auch Hauszerstörungen: Zwischen 2019 und 2021 machten IDF- und andere im Westjordanland eingesetzte Sicherheitskräfte mehr als achtmal so viele palästinensische Häuser wegen angeblich fehlender Baugenehmigungen dem Erdboden gleich wie illegal hochgezogene Einrichtungen jüdischer Siedler.

Neben dem Ausbau israelischer Ortschaften im Westjordanland, das Siedler und offizielle Stellen als Judäa und Samaria bezeichnen, geht es Ben-Gvir und Smotrich auch um eine weitere Schwächung der Palästinensischen Autonomiebehörde. Friedensverhandlungen mit der von Mahmud Abbas seit mehr als anderthalb Jahrzehnten ohne Wahlen geleiteten palästinensischen Seite lehnen beide ab. Stattdessen fordern sie die offene Annexion weiter Teile der Westbank. Das sah auch der nie umgesetzte, vom damaligen US-Präsidenten Donald Trump im Januar 2020 vorgelegte Plan mit dem Titel „Peace to Prosperity: A Vision to Improve the Lives of the Palestinian and Israeli People“ vor.

Drei Jahre später stehen jene Kräfte vor der Machtübernahme, die den von Trump als „Deal des Jahrhunderts“ bezeichneten Plan am meisten begrüßten. Internationale Kritik an der völkerrechtswidrigen Besetzung des West-

jordanlands nehmen sie nicht ernst, einen Ausbau der jüdisch besiedelten Gebiete betrachten sie nicht nur als ihr Recht, sondern als ihre Pflicht. Inwieweit Netanjahu ihnen dabei freie Hand lässt, ist offen. Eine bedeutende Einschränkung der Bautätigkeit in israelischen Siedlungen hat er sich bislang von keinem US-Präsidenten vorschreiben lassen, als er Israel zwischen 1996 und 1999 sowie zwischen 2009 und 2021 regierte. Doch die kritischen Stimmen aus der US-Administration, die betonen, die neue Regierung werde nach ihren Handlungen beurteilt, lassen sich auch so interpretieren, dass Joe Biden Netanjahu nicht alles wird durchgehen lassen, was sich Ben-Gvir meint herausnehmen zu können.

Die Aussagen des 46jährigen Sohns jüdischer Einwanderer aus dem Irak sind indes eindeutig. Seit Jahrzehnten stellt er die Rechte der Palästinenser fundamental infrage: Nicht nur die der rund fünf Millionen in Westjordanland, Gazastreifen und Ostjerusalem, sondern auch die der rund zwei Millionen palästinensischen Israelis. Aufgewachsen ist er in der Siedlung Kirjat Arba, mitten im Herzen von Hebron. Hier ermordete der jüdische Rechtsterrorist Baruch Goldstein 1994 in der Höhle des Patriarchen 29 Palästinenser; ein Bild des Extremisten hing bis vor kurzem in Ben-Gvirs Wohnzimmer. Wegen rassistischer Hetze saß er mehrfach im Gefängnis, und er unterhielt Kontakte zum Mörder Yitzhak Rabins, Yigal Amir.

Ben-Gvirs hemdsärmeliges Auftreten – im Oktober forderte er Polizisten in Jerusalem mit hochgehaltener Pistole dazu auf, auf Palästinenser zu schießen, die sie mit Steinen bewarfen –, kommt vor allem bei jungen Wählern gut an; fast jeder fünfte Soldat stimmte für seine Jüdische Stimme. Seine xenophoben Parolen stoßen vor allem in der israelischen Peripherie auf Zustimmung; in den von Netanjahus Likud vernachlässigten Gemeinden im Süden Tel Avivs etwa, im Negev und am

Rande des Gazastreifens. Unter den palästinensischen Israelis hingegen wecken sie neue Ängste vor pogromartigen Ausschreitungen wie im Mai 2021. Im Schatten des elftägigen Gazakriegs hatten vor anderthalb Jahren jüdische Extremisten in binationalen Städten wie Akko, Ramla und Jaffa regelrecht Jagd auf arabische Einwohner gemacht. An fast allen Schauplätzen der Gewalt an vorderster Front mit dabei sind rechte Siedler aus dem Westjordanland. Neun der 14 Abgeordneten des Religiösen Zionismus sind selbst Siedler.

Deren Aufstieg zu den Königsmachern der israelischen Politik ist das Ergebnis eines Jahrzehnts rechter Hetze, die durch Netanjahu aktiv befördert wurde. Immer intoleranter wurden die Kabinette, die er zuletzt zusammenstellen musste, weil ihm seine einstigen Partner aus der rechten Mitte den Rücken kehrten, sei es Benny Gantz (Nationale Einheitspartei), sei es Avigdor Libermann (Yisrael Beitenu). Auch die Degradierung der israelischen Palästinenser hat Netanjahu entscheidend vorangetrieben. So sorgte die Knesset mit dem 2018 verabschiedeten Nationalstaatsgesetz dafür, dass Arabisch als Amtssprache abgeschafft und Israel als „Nationalstaat des jüdischen Volks“ definiert wurden. Das erklärt auch, weshalb die Wahlbeteiligung unter der israelisch-palästinensischen Bevölkerung so niedrig war – und weshalb Boykott für viele zu einer politischen Option geworden ist.

Vor den Trümmern des Traums vom friedlichen Zusammenleben

Erschüttert über den Sieg des Religiösen Zionismus ist vor allem die liberale Zivilgesellschaft. Sie und die linkszionistischen Parteien Avoda (Arbeitspartei) und Meretz stehen vor den Trümmern ihres Traums eines auf der Gleichheit aller Bürger basierenden Landes. Noch vor der Wahl hatte die

Meretz-Vorsitzende Zehava Galon gesagt: „Ich bin der Meinung, dass eine egalitäre jüdisch-arabische sozialdemokratische Linkspartei gegründet werden sollte – eine Partei, die Menschen, die für Gleichheit einstehen und für ein gemeinsames Leben von Juden und Arabern, Antworten geben kann.“ Doch die Rufe nach einem friedlichen Zusammenleben und der Gleichheit aller Bürger blieben ungehört. „Leider gibt es in der jüdischen Öffentlichkeit immer noch großes Misstrauen gegenüber einer solchen Partei“, so Galon ernüchtert.

Besonders bitter fällt die Niederlage deshalb aus, weil Meretz künftig gar nicht mehr in der Knesset vertreten sein wird. Die Wählerbasis strafte die bislang wichtigste linke parlamentarische Vertretung der Bürgerrechts- und Antibesatzungsbewegung für ihre lasche Haltung während der einjährigen Regierungszeit der Kurzzeitpremiers Naftali Bennett und Jair Lapid ab. Schließlich gelang es den drei Meretz-Ministern zu keinem Zeitpunkt, die anhaltende Besatzung oder die schleichende Degradierung der palästinensischen Bürger Israels in der Koalition zum Thema zu machen.

Tatenlos sahen sie zu, wie neue Siedlungen genehmigt wurden und die Gewalt der IDF gegen Zivilisten im Westjordanland eskalierte. Hinzu kam egoistisches Taktieren am linken Rand der mehrheitlich zentristischen Anti-Netanjahu-Allianz, die im März 2021 noch mit einer Stimme Mehrheit aus der Knesset-Wahl hervorgegangen war. Dieses kostete die neue Opposition wahrscheinlich fünf Knesset-Sitze – obwohl das Netanjahu-Lager nur rund 100 000 Stimmen mehr bekam, bei insgesamt 4,5 Millionen abgegebenen Stimmen.

Vor der historischen Parlamentswahl 1992 hatten sich die drei linken Parteien Ratz, Mapam und Shinui zu Meretz zusammengeschlossen, um gemeinsam mit Yitzhak Rabin die seit 1977 herrschende Likud-Partei abzulösen.

Doch nun steht nicht nur die Zukunft von Meretz in den Sternen. Ebenfalls ungewiss ist, wie lange sich die Vorsitzende der Arbeitspartei (Avoda), Merav Michaeli, nach dem Schrumpfen der Fraktion auf vier Sitze halten kann. Aus der Partei der Staatsgründer ist eine Splitterbewegung geworden, die sich in Anbetracht der rechten Hegemonie eigentlich neu erfinden müsste. Doch Michaeli hat die Partei in den vergangenen Jahren programmatisch so nah an die zentristischen Parteien herangeführt, dass das kurzfristig kaum möglich erscheint.

Zusätzlich geschwächt wird das einstige Friedenslager durch die Spaltung der gemeinsamen Liste arabischer Parteien, die noch vor zwei Jahren mit 15 Abgeordneten die größte Oppositionsfraktion in der Knesset stellte. Die konservativste Kraft der einstigen Vierparteienallianz, die islamische Ra'am-Partei von Mansur Abbas, scherte schon 2020 aus dem Bündnis aus und gehörte bis zuletzt der Bennett/Lapid-Regierung an. Dass sich die nationalistische Balad-Partei, die bürgerliche Ta'al und die kommunistische Hadash kurz vor der Listenbildung im Oktober so zerstritten, dass ein gemeinsames Bündnis nicht zustande kam, hat Balad den Einzug in die Knesset gekostet. Ta'al und Hadash stellen künftig zusammen fünf Sitze – ebenso viele wie die konservative Ra'am.

Sieht man von den zentristischen Fraktionen – Jesch Atid von Noch-Premier Jair Lapid, der mit 24 Sitzen zweitstärksten Kraft in der Knesset, Yisrael Beiteanu und der Nationalen Einheitspartei – ab, bleiben somit vier Sozialdemokraten und zehn arabische Abgeordnete, die der künftigen Rechtsregierung Paroli bieten sollen. Dass das schwer wird, darüber herrscht in der israelischen Linken kein Zweifel. Noch schwerer aber dürfte es werden, die Vision eines friedlichen Zusammenlebens aller israelischen Bürger wiederzubeleben. Vor allem die Jungen im Land haben daran kein Interesse.